

ZUR AKTUELLEN DEBATTE ÜBER ASYL- UND MIGRATIONS- POLITIK IN DEUTSCHLAND

Es ist unstrittig, dass die hohe Zahl von Menschen, die seit 2022 aus der Ukraine geflohen sind und die steigende Zahl von Asylsuchenden vor allem in den Kommunen zu Belastungen führen. Es muss ihre Unterbringung gemanagt werden, es fehlt an Schulplätzen, Lehrer_innen und Kita-Plätzen. Zur Wahrheit gehört aber auch, dass diese Probleme in den Ländern und Kommunen unterschiedlich ausgeprägt sind. Und zur Wahrheit gehört auch, dass sie vorrangig Folgen von falschen Annahmen zur demographischen Entwicklung und von verfehlter Bau- und Bildungspolitik sind.

Wir haben einen Krieg in der Nachbarschaft, dessen Auswirkungen natürlich auch bei uns spürbar sind - insbesondere durch gestiegene Energiekosten und Lebensmittelpreise. Die dadurch gestiegene Inflation bemerken die Menschen in ihren Geldbeuteln – auch wenn die Inflationsrate zuletzt zurück ging. Diese Krisensymptome treffen auf eine Gesellschaft, die nach Banken- und Eurokrise, nach der sogenannten Migrationskrise von 2015/16 und nach den Einschränkungen und wirtschaftlichen Folgen der Corona-Pandemie erschöpft ist.

Deutschland hat mehr als 1 Mio. Ukrainer_innen aufgenommen und es kamen dieses Jahr bis jetzt weitere 240.000 Schutzsuchende aus anderen Drittstaaten. Immer wieder müssen vor Ort Notlösungen gefunden werden, die nicht zufrieden stellen und Konflikte schüren. Doch sind wir – gerade angesichts der Größe der Belastung – dazu aufgerufen,

- 1.** Die Debatte sachlich und weitsichtig zu führen.
- 2.** Probleme zu benennen und soweit möglich zu lösen,
- 3.** unsere (Mit)Menschlichkeit zu wahren,
- 4.** und unsere Werte zu schützen.

Wir brauchen Mäßigung, Versachlichung, Erklärungen und Weitsichtigkeit. Gerade jetzt brauchen wir Solidarität und gesellschaftlichen Zusammenhalt – der durch die aktuelle Tonalität und Polarisierung gefährdet wird.

Viele Vorschläge, die jetzt zu hören sind, bieten keine wirklichen Lösungen. Selbst wenn sich die Grenze Deutschlands flächendeckend bewachen ließe, würde dies nicht automatisch zu weniger Asylbewerber_innen führen, da sie nicht einfach an der Grenze zurückgewiesen werden dürfen. Wenn das Grundrecht auf Asyl abgeschafft würde, müsste der Flüchtlingsstatus nach der Genfer Flüchtlingskonvention und nach EU-Recht trotzdem geprüft werden.

Das wissen diejenigen, die laut über Eingriffe ins Flüchtlingsrecht nachdenken – und riskieren so die Akzeptanz des Grundgesetzes und der EU. Aber selbst ein Dexit würde nur begrenzt nutzen, wie die Situation in Großbritannien zeigt. Auch dort wird über zu hohe Zahlen illegal Eingereister geklagt. Solche wiederkehrenden politischen Scheindebatten führen zu Unverständnis, Politikverdrossenheit und Abnutzung der Engagementbereitschaft der Bevölkerung.

Zuwanderung begrenzen zu wollen, wie vom ehemaligen Bundespräsidenten Gauck gefordert, ist auch aus Sicht des Deutschen Caritasverbandes moralisch nicht verwerflich. Aber die geforderte Abschottung klingt nicht nur brutal (<https://www.deutschlandfunk.de/zuwanderung-begrenzen-ist-moralisch-nicht-verwerflich-und-politisch-geboden-100.html>), sondern ist brutal: das zeigt das Elend an der Grenze von Polen zu Belarus, Gestrandete u.a. in Bosnien, Tote im Mittelmeer. Wenn Flüchtlinge in Umsetzung von Migrationsabkommen in Tunesien in der Wüste ausgesetzt werden (<https://www.zdf.de/nachrichten/politik/tunesien-fluechtlinge-wueste-migrationsabkommen-100.html>), ist das Elend und das Sterben nur weniger sichtbar, aber nicht aus der Welt.

Unser Grundgesetz, Humanität und Menschenrechte sind Maßstäbe, an denen sich die Politik messen lassen muss, sonst gerät der gesamte Wertekanon unserer Rechtsordnung und Demokratie ins Wanken. Hetze darf nicht salonfähig werden, sonst ist der Zusammenhalt in Deutschland in seinen Grundfesten gefährdet. Nichts weniger steht auf dem Spiel.

Wieder wird Politik gemacht mit scheinbar einfachen Lösungen zu Lasten von Schutzbedürftigen. Doch diese Symbolpolitik, die von den echten Herausforderungen in der Sozialpolitik oder durch den Klimawandel ablenkt, trägt nicht zur Lösung bestehender Probleme bei, die sich leider nicht abschieben lassen. In der Vergangenheit wurden immer wieder Verschärfungen im Asyl-/Ausländerrecht beschlossen, ohne die Zahlen dauerhaft zu senken.

HINTERGRUND

- Zum (schwindenden) gesellschaftlichen Zusammenhalt: <https://www.bertelsmann-stiftung.de/de/unsere-projekte/gesellschaftlicher-zusammenhalt>; <https://fgz-risc.de/>; <https://www.boeckler.de/de/newsletter-hans-34382-gesellschaftlicher-zusammenhalt-in-gefahr-41672.htm>; https://www.zeit.de/gesellschaft/zeitgeschehen/2023-08/gesellschaftlicher-zusammenhalt-studie-more-in-common-ungerechtigkeit-wahrnehmung?utm_referer=https%3A%2F%2Fwww.google.de%2F
- Dazu, wie weit es eine Vertrauenskrise gegenüber der Politik gibt, gehen die Studienergebnisse auseinander. Nein: <https://www.fes.de/studie-vertrauen-in-demokratie>. Ja: <https://www.boeckler.de/de/boeckler-impuls-demokratie-vertrauen-der-deutschen-schwindet-bedenklich-6744.htm>
- In Deutschland lebten im Juni 2023 knapp 84,5 Millionen Menschen, davon hatten knapp 12,5 Millionen nicht die deutsche Staatsangehörigkeit (<https://www.destatis.de/DE/Themen/Gesellschaft-Umwelt/Bevoelkerung/Bevoelkerungsstand/Tabellen/liste-zensus-geschlecht-staatsangehoerigkeit.html#651186>). Zu den Ausländer_innen zählen 1,1 Millionen Ukraine-vertriebene, weitere ca. 1,4 Millionen hatten einen anderen anerkannten Schutzstatus (BT-Drucksache 20/7829, http://docs.dpaq.de/19478-ka_20_7829.pdf)

- Die Inflationsrate lag zuletzt bei 4,5 %: <https://www.destatis.de/DE/Themen/Wirtschaft/Konjunkturindikatoren/Basisdaten/vpi001j.html>
- Es fehlen bundesweit insbesondere wegen Personalmangel, aber auch wegen mangelhafter Ausstattung ca. 400.000 Kita-Plätze: <https://www.bertelsmann-stiftung.de/de/themen/aktuelle-meldungen/2022/oktober/2023-fehlen-in-deutschland-rund-384000-kita-plaetze>
- Zum zunehmenden Lehrermangel, der sich wohl weiter verschärfen wird, weil seit Jahren mit zu geringen Prognosen zur Schülerzahl gearbeitet wird: <https://deutsches-schulportal.de/bildungswesen/lehrermangel-bleibt-bundesweit-ein-problem/>; <https://www.sueddeutsche.de/politik/lehrermangel-ursachen-zahlen-1.5724273>
- Deutschland ist sehr unterschiedlich dicht besiedelt. In einigen Regionen und Städten herrscht Wohnungsnot, aber es gibt auch (insbesondere in den östlichen Bundesländern) erheblichen Wohnungsleerstand. Wie wir wohnen: https://www.deutschlandatlas.bund.de/DE/Service/Kartensuche/kartensuche_node.html?cms_filter=WieWirWohnen

KONTAKT

- **PD Dr. Andrea Schlenker,**
Stellvertretende Bereichsleiterin, Referatsleiterin, Referat Migration und Integration
Andrea.Schlenker@caritas.de
- **Tobias Mohr,**
Referatsleiter, Referat Migration und Integration, Tobias.Mohr@caritas.de
- **Dr. Elke Tießler-Marenda,**
Referentin, Referat Migration und Integration, Elke.Tiessler-Marenda@caritas.de

**FACT
SHEET**
07.02.24

Herausgegeben von
Deutscher Caritasverband e.V.
Vorstandsbereich Finanzen und Internationales

Referat Migration und Integration
Karlstraße 40, 79104 Freiburg
Telefon-Zentrale 0761 200-0